Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder deren Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 3.—, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 3.75. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Oesterreich vierteljährlich ℳ 4.50, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Diese Nummer kostet auf allen Bahnhöfen und bei den Zeitungs-Verkäufern 10 Pf.

Redaktion und Expedition: 148 Fernsprecher 222 Johannisgasse 8.

Filialexpeditionen: Alfred Hahn, Buchhdlg., Universitätsstr. 3 (Fernspr. Nr. 4046), L. Lösche, Katharinenstraße 14 (Fernsprecher Nr. 2035) u. Königsplatz 7 (Fernsprecher Nr. 7506).

Haupt-Filiale Dresden: Marienstraße 34 (Fernsprecher Amt I Nr. 1713).

Haupt-Filiale Berlin: Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg., Lützowstraße 10 (Fernsprecher Amt VI Nr. 4603).

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt
und
Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und des Königlichen Amtsgerichtes Leipzig, des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰.

Reklamen unter dem Redaktionsstrich (4gespalten) 75 ₰, nach den Familiennachrichten (6gespalten) 50 ₰.

Tabellarischer und Ziffernsatz werden entsprechend höher berechnet.

Gebühren für Nachweisungen und Offertenannahme 25 ₰.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: nachmittags 4 Uhr.

Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.

Extra-Beilagen (nur mit der Morgen-Ausgabe) nach besonderer Vereinbarung.

Die Expedition ist wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis abends 7 Uhr.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig (Inh. Dr. B., R. & W. Klinkhardt).

Nr. 567. Montag den 7. November 1904. 98. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

* Der Bochumer Verein für Bergbau und Gußstahlfabrikation feierte sein 50jähriges Bestehen. (S. Letzte Dep.)

* In Wien fand gestern die Schlußsitzung der großen Kommission der Internationalen Ausstellung für Spiritusverwertung statt. (S. Letzte Dep.)

* Das Begräbnis des getöteten Malers Peccoz in Innsbruck verlief ohne Zwischenfall. (S. letzte Depeschen.)

* In Rom wurden gestern die Wahlen zur Deputiertenkammer vollzogen. (S. Letzte Dep.)

Flottenpflichten.

Im Verlage von Felix Dietrich (Leipzig) ist soeben eine Broschüre erschienen: „Die Flottenfrage unter den wirtschaftspolitischen und technischen Voraussetzungen der Gegenwart. Dargestellt von Erich Neuhaus." Es ist eine in engem Rahmen allseitige, nichts wesentliches übersehende, kenntnisreiche, klare und maßvolle Arbeit, auf die wir pflichtgemäß hinweisen möchten. Denn der Ausbau der Flotte ist die wichtigste Angelegenheit der deutschen Gegenwart, die Vorbedingung für Macht und Wohlfahrt in der Zukunft. Schon im Jahre 1867 wurde ein Flottengründungsplan entworfen, der die Entwicklung des eigenen Offensivvermögens forderte und zu diesem Grundgedanken müssen wir zurückkehren; ihn vertritt auch der Verfasser der Broschüre, nicht vom Standpunkte des „rabiaten Marineoffiziers", sondern als einsichtiger Patriot, der neben dem militärischen und politischen auch den technischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkt zur Geltung bringt.

Im saturierten Deutschland der achtziger und neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts war das Reich zur See ohnmächtig; erst mit dem Regierungsantritt des jetzigen Kaisers begann die neue Aera, die wieder an das mutige Programm von 1867 anknüpfte und mit dem Bau der Brandenburgklasse einen vollständigen Systemwechsel einleitete. Das rapide Anschwellen unserer überseeischen Beziehungen, die Besitzergreifung in Ostasien, die nicht ermüdende Initiative des Kaisers führten am 10. April 1898 zur Genehmigung eines Flottengesetzes, das die nationale Verteidigung zur See auf eine feste Grundlage stellte. Die deutsche Handelsflotte war zur zweitgrößten der Welt herangewachsen, der deutsche Außenhandel betrug in Einfuhr und Ausfuhr nahezu 12 Milliarden, von denen zwei Drittel über See gingen. Aus diesen Tatsachen mußte die Konsequenz gezogen werden. Leider wurde sie nicht durchgreifend genug gezogen. Man perzettelte die Bauten auf einen Zeitraum, nach dessen Ablauf ein großer Teil des Materials bereits wieder völlig veraltet sein muß, denn erst im Jahre 1920 können die letzten vorgesehenen Schiffe in Dienst gestellt werden. Aber man ahnte nicht, daß bereits die nächsten Jahre Tatsachen heraufführen würden, die uns dazu zwingen, der Entwickelung unserer Seemacht die ernsteste Aufmerksamkeit zuzuwenden. Insbesondere das eine Faktum muß hier hervorgehoben werden, daß der Antagonismus zwischen England und Deutschland sich immer mehr verschärft und daß heute der Präventivkrieg gegen uns jenseits des Kanals auf offenem Markte gepredigt wird. Wir fügen hinzu: vom englischen Standpunkte aus nicht mit Unrecht; der Gedanke liegt nahe genug, den gefährlichen Rivalen niederzuschlagen, ehe es zu spät ist. Angesichts dieser Konstellation, die unsere oft genug bewiesene Friedensliebe nicht abzuändern vermag, bleibt nichts übrig, als unsere Flotte rasch und energisch zu verstärken. Denn wir stehen in der Reihe der Großmächte an fünfter Stelle, und die Hoffnung, das Manko an Schiffen durch „strammere Haltung" zu ersetzen, ist kindisch. Es ist nicht abzusehen, weshalb wir nicht in der Lage sein sollten, dasselbe zu leisten wie Frankreich und Rußland, die nicht reicher sind als wir, und ein ebenso teures Landheer unterhalten. Unsere Flotte muß jeder einzelnen Macht außer England gewachsen sein, und wie unsere Handelsflotte, so muß auch unsere Kriegsflotte an zweiter Stelle stehen. Was die Methode des Ausbaues anbetrifft, so empfiehlt Neuhaus den möglichst gleichmäßigen Ausbau alter Schiffstypen und warnt davor, nach Art der „Jeune école" in Frankreich, alles auf eine Karte zu setzen, wie es dort in der Bevorzugung des Unterseebootes geschieht. Vom diesem Standpunkte aus erscheint es freilich auch als äußerst bedenklich, daß England 29, Frankreich 74 Unterseeboote, Deutschland aber kein einziges besitzt.

Auf das Bauprogramm des Verfassers wollen wir nicht eingehen; für uns handelt es sich hier nur darum, die Erkenntnis der wahren Sachlage zu verbreiten, zur Beschäftigung mit diesen so überaus wichtigen Fragen anzuregen und das nationale Gewissen wachzurufen. Wir haben an der folgenden Generation eine schwere Verantwortung, und unserer Kleinmut, unsere Unterlassungssünden würden die Nachkommen zu büßen haben. Zum Schluß des Büchleins berichtet der Autor auch die Deckungsfrage. Er weist darauf hin, daß die Steuerbelastung auf den Kopf der Bevölkerung in Frankreich 50 ℳ, in England 47 ℳ, in Deutschland aber nur 23 ℳ betrage, und daß die Kopfausgabe für Landheer, Marine und Staatsschuld sich in Frankreich auf 41 ℳ, in England auf 33 ℳ, in Deutschland auf 18½ ℳ bemessen. Er schlägt eine Erbschaftssteuer vor und weist darauf hin, daß die Ergiebigkeit dieser Einnahmequellen notorisch sei. Indessen verhehlt er sich die Schwierigkeiten solcher Regelung nicht. Er meint aber mit Recht, wo ein Wille sei, finde sich auch ein Weg, und er schließt mit den eindrucksvollen Worten: „Wir können kein neues „Zuspät" auf den Blättern unserer Geschichte mehr vertragen; es wäre vielleicht das letzte, das endgültige." G.

Der Aufstand in Südwestafrika.

Von der Formierung des 4. Bataillons 2. Feldregiments

meldet die „Köln. Ztg." noch, daß die Offiziere am 1. dez. J. d. M. aus dem Heere ausscheiden. Das Bataillon wird gegenwärtig auf dem Truppenübungsplatz Munster in der Stärke von 3 berittenen Kompagnien zusammengestellt, bekleidet und ausgerüstet. Nach den Ueberweisungen sind im ganzen bei der Schutztruppe für Südwestafrika angestellt 1 Major, 3 Hauptleute, 5 Oberleutnants, 11 Leutnants, zusammen 20 Offiziere, außerdem 2 Sanitätsoffiziere. Die Ausreise dieses Bataillons ist für den 22. d. M. in Aussicht genommen. Für die Kompagnien ist eine Stärke von 170 Gewehren vorgesehen.

Der russisch-englische Konflikt.

Roschdjestwenskys Version in größter Ausführlichkeit.

stellt die folgende russische Depesche nach, die uns Petersburg der „H. B." zusetzt, und die, ohne den respektlosen Zweifel befürchten zu können, die nachstehenden Details ausbreitet: „Am 21. Oktober abends 8 Uhr erblickt das Geschwader durch drahtlose Telegraphie die Benachrichtigung, daß das Transportschiff „Kamtschatka" wegen Beschädigung der Maschinen 30 Meilen hinter seiner Abteilung zurückblieb (Kreuzer „Dimitri' Donskoi" und „Aurora") und daß ihm auf den Fersen einige Torpedoboote folgten. General Enquist befahl sofort, die Fahrgeschwindigkeit zu verringern und auf „Kamtschat'a" zu warten, aber weiter zu gehen, um sich nicht etwa den Torpedos preiszugeben, die jedenfalls drahtlose Telegramme auffingen, da bei den Torpedos unbedingt Japaner versuchen würden, die Position der russischen Schiffe zu erfahren. Als Enquist mit „Kamtschatka" telegraphierte, erhielt der Apparat folgende Anfrage: „Wo befindet sich das Geschwader? Erklärt eure Länge und Ausdehnung! Wo ist Suwarow?" Die Fragen waren deutsch in russischer Sprache abgefaßt und als Absender die „Kamtschatka" bezeichnet. Enquist, überzeugt von einer Mystifikation, erbat den Namen eines Offiziers der „Kamtschatka". Darauf erfolgte Schweigen. Das Gespräch wurde darauf mit der „Kamtschatka" fortgesetzt, doch mit chiffrierten Zeichen, so daß die Japaner die Telegramme nicht verstanden. Die „Kamtschatka" wurde von ihnen nicht angegriffen; sie wollten wahrscheinlich an ein so kleines Schiff keine Munition verschwenden. Sie beschleunigten aber den Gang ihrer Fahrt, um uns einzuholen. Wir berechneten sogar die Zeit, wann sie uns umgehen konnten, falls sie 15 Knoten Geschwindigkeit machten. Plötzlich um ½1 Uhr erblickten wir vor uns zwei lange dunkle, stark dampfende Schiffe, darauf erblickten wir eine grüne Rakete, die gelegentlich benutzt wird, wenn sich Schiffe in Not befinden. Nach einer Sekunde beleuchteten uns die Strahlen einer elektrischen Laterne, ein Signal, das uns nur aufhalten sollte. Wir aber erblickten sofort das verdächtige Signal und gaben Feuer. Sobald sie bemerkten, daß wir sie entdeckten, begaben sie sich seitwärts, gerieten aber unter das Feuer des „Alexander III", „Borodino" und „Orel". Bald darauf entdeckten wir die Fischerboote. Diese hielten sich auch verdächtig, besaßen keine Lichter, keine Signale, keine Flaggen und kamen hartnäckig dicht an unsere Schiffe heran. Die Gefahr bestand, daß auch Minen hätten geworfen werden können. Dennoch gab der Admiral sofort den Befehl, das Schießen einzustellen. Da noch auf der Stelle zu bleiben und mit Booten Hilfe zu leisten wäre wohl sehr unsicher gewesen. Wir sahen einen feindlichen Torpedo sinken. Man fragt unwillkürlich, warum die englischen Fischer plötzlich aus Hull fast an das dänische Ufer gegangen sind. Das Zusammenstoß geschah auf dem 55. Breitengrad, 5. Grad 42. Länge östlich von Greenwich, also 10 Meilen von der Doggerbank entfernt. Ob die Fischer davon wußten, wird sich aufklären. Wir sind jedenfalls nicht schuld." Die Meldung trifft zeitlich mit der Nachricht zusammen, daß der Zar den Fregattenkapitän Clapo bei sich empfangen hat.

Der russisch-japanische Krieg.

Der letzte Angriff auf Port Arthur.

Das Mißlingen des Angriffes und der Frontwechsel der Chinesen.

Der „Daily Expreß" meldet, wie die „N. Fr. Pr." erfährt, aus Schanghai: Unter den Chinesen hat es einen tiefen Eindruck gemacht, daß die Japaner Port Arthur nicht am Geburtstage des Mikado nehmen konnten. Das Fehlschlagen des Planes wird als Beweis der Schwäche angesehen, und das japanische Prestige hat gelitten, denn die Japaner hatten offen zugegeben, daß fast übermenschliche Anstrengungen gemacht werden sollten, die Festung am 3. November zu nehmen. Schon nimmt die chinesische Presse einen beachtenswerten Frontwechsel vor. Die chinesischen Blätter spotten bereits über die japanischen Ansprüche und fragten, ob die kriegerischen Eigenschaften der Japaner nicht sehr überschätzt werden. Das russische Preßbureau zu Shanghai schlägt, wie begreiflich, viel Kapital aus dem Mißerfolg, um den chinesischen Einfluß an der Küste und in Peking zu stärken.

Neue Verproviantierung.

Am 1. November gelang es, wie ein Telegramm gleichfalls aus Shanghai behauptet, einem Dampfer mit Nahrungsmitteln, in Port Arthur einzulaufen.

Deutsches Reich.

* Leipzig, 6. November.

* **Nachlese zur Sparlottedebatte.** Zu den Verhandlungen des preußischen Abgeordnetenhauses über die Scherlsche Sparlotterie tragen wir den entscheidenden Teil der Rede des Ministers v. Hammerstein im Wortlaut nach dem jetzt vorliegenden amtlichen Bericht nach. Der Minister des Innern sagte:

„. . . Ich meine, im politischen Leben täte man besser, sich auf die gegenwärtig vorliegenden Aufgaben zu beschränken, nicht aber prinzipiell für alle Zukunft Stellung zu nehmen zu Angelegenheiten, die vielleicht in der Zukunft sich noch anders gestalten können. Ich spreche das hier ganz offen aus, füge aber ganz offen auch hinzu, daß die königliche Staatsregierung nicht daran denkt, in dem gegebenen Augenblick oder in naher Zukunft diese ganze Angelegenheit wieder aufzunehmen. . . . Ich meine, bei einer so diffizilen Frage, wo es so außerordentlich schwer ist, das Richtige zu finden, konnte eine praktische Politik sich mit einer Erklärung begnügen, daß eine Wiederaufnahme der ganzen Idee, sei es in der hier in Frage stehenden, sei es in einer andern Form, seitens der königlichen Staatsregierung nicht erfolgen wird, ohne daß sie vorher der gründlichsten Kritik der öffentlichen Meinung ausgesetzt sein würde. Ich wollte dadurch auch die Bedenken derjenigen Herren beseitigt wissen, welche etwa der Meinung gewesen sein könnten, in einem gegebenen Augenblick würde die Staatsregierung sie mit einem fait accompli überraschen . . . . Ich schließe, indem ich wiederhole: die königliche Staatsregierung denkt nicht daran, die Angelegenheit jetzt weiter zu verfolgen."

Die hier im Druck hervorgehobenen Stellen hat der Minister selbst im amtlichen Bericht unterstrichen. Vielleicht interessiert es noch, die Interpellation der Ministererklärung in der „Nordd. Allg. Ztg." nachzulesen; das Blatt schreibt:

Die Staatsregierung denkt nach den klaren Worten des Freiherrn v. Hammerstein nicht daran, im gegenwärtigen Augenblick oder in nächster Zukunft diese ganze Angelegenheit wieder aufzurollen. Außerdem betonte der Minister, daß, auch wenn eine Wiederaufnahme der ganzen Idee in irgend einer Form seitens der Staatsregierung erfolgen sollte, dies nicht geschehen werde, ohne vorher die öffentliche Meinung befragt zu haben. Auf Grund dieser Erklärungen hat der Minister das Haus, sich nicht heute schon durch bestimmte Beschlüsse zu binden und prinzipiell für alle Zukunft in dieser Angelegenheit festzulegen.

Nach der „Allgem. Ztg." sei aus der Debatte noch ein Moment hervorzuheben, das bisher nicht zur richtigen Geltung gekommen ist. In der Zeitung heißt es:

Besonders erfreulich war in den Ausführungen des Ministers der Ausschluß, daß das preußische Staatsministerium den Sparlotterieplan noch nicht in Beratung gezogen habe, daß vielmehr lediglich ein Entwurf der Herren v. Hammerstein und v. Rheinbaben vorlag, der durch den Rücktritt des Herrn Scherl gegenstandslos wurde. Das Staatsministerium mit dem Ministerpräsidenten Grafen Bülow an der Spitze kann dazu beglückwünscht werden, daß das Sparlotto vor der Hand erst auf den Aussterbeetat jener zwei Minister gebracht worden ist!

Den Schluß möge ein in der „Nat. Ztg." dem sächsischen Sparkassenwesen erteiltes Lob machen:

Wenn in einem Lande auf 4,2 Millionen Einwohner 2,4 Millionen Sparkassenbücher mit einem Gesamtguthaben von einer Milliarde Mark entfallen, so ist das ein Beispiel, das zu reger Nacheiferung anregen sollte. Die Gründe für den großen Vorsprung Sachsens vor Preußen nachzuprüfen, sind wir nicht in der Lage; beachtenswert erscheint, daß — nach der räumlichen Verteilung gerechnet — Sparkassen und Sparkassenfilialen reichlich doppelt so häufig anzutreffen sind als in Preußen (bei allerdings erheblich dichterer Bevölkerung). Die Kosten der Spartassenverwaltung im Verhältnis zur Summe der eingelegten Beträge sind in beiden Ländern etwa gleich groß. Es wäre im Hinblick auf die guten sächsischen Erfolge jedenfalls der Mühe wert, das dortige Sparkassenwesen einem genauen Studium zu unterziehen.

* **Ueber die Aussichten des Herrn Dr. Spahn als Oberlandesgerichtspräsidenten in spe** schreibt die „Natlib. Corr.": „Wie verlautet, wird der bisherige Präsident des Oberlandesgerichts zu Cassel, Herr Eccius, in die juristische Prüfungskommission berufen und infolgedessen dort der erledigte Posten für Herrn Reichsgerichtsrat Spahn, M. d. R. und M. d. A., frei. Cassel wird man also künftighin als den Ort anzusehen haben, an welchem alle Fäden der Regierung der Zentrumspartei zusammenlaufen." — An der von uns geschilderten Situation wird durch diese Notiz nichts geändert.

*

Berlin, 6. November.

Deutsch-amerikanischer Schiedsgerichtsvertrag. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" benutzt die Nachricht, daß Hay mit Speck v. Sternburg und mit Roosevelt konferiert habe, zu einer ironischen Betrachtung, die also lautet:

Mit besonderer Befriedigung wird in Deutschland die Kunde aufgenommen werden, daß auf Anregung des Präsidenten Roosevelt Unterhandlungen wegen Abschlusses eines Schiedsgerichtsvertrages zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland eingeleitet seien. In dem Maße, wie man sich bei uns mit den in großartig aufsteigender Entwicklung begriffenen nordamerikanischen Verhältnissen sachlich und eingehend befaßt, wird die Ueberzeugung gefestigt, daß das Deutsche Reich und die große Republik jenseits des Ozeans ihrem Wesen nach dazu bestimmt sind, sich gegenseitig mit neuen Gedanken zu befruchten und einander zu ergänzen, und daß sie sich in der erfreulichen Lage befinden, vorgerade in der Welt mit gegenseitigen politischen Interessen rechnen zu müssen. Wenn es hier und da in der Vergangenheit auf wirtschaftlichem Gebiete zu Auseinandersetzungen zwischen Deutschland und der Union gekommen ist, so hat die wirkliche Gestaltung der Dinge in den letzten Jahren gezeigt, daß beide Nationen im friedlichen Wettbewerb sehr wohl neben einander bestehen und ihre Wege ziehen können, ohne daß die eine der anderen Licht und Luft, deren sie zur weiteren Entfaltung ihrer Kräfte und zur fortschreitenden Hebung ihrer Wohlfahrt bedürfen, zu benehmen genötigt wären. Die hocherfreulichen Erfolge der deutschen Ausstellung in St. Louis ist ein beredter Beweis für die ehrende Würdigung, die den deutschen Leistungen auf dem Felde der gewerblichen Arbeit, des künstlerischen Schaffens und der kulturellen Bestrebungen in den Vereinigten Staaten zu teil wird. Nicht minder weiß man in Deutschland die gewaltigen Fortschritte der Amerikaner in allen Richtungen ernster Tätigkeit hoch einzuschätzen. Mit der bis in die ersten Tage der Union zurückreichenden politischen Ueberlieferung, sowie mit den auch in neuerer Zeit niemals verleugneten Absichten beider Regierungen wird es in bestem Einklang stehen, wenn nunmehr durch Abschluß eines Schiedsgerichtsabkommens auch für die Zukunft eine feierliche Bürgschaft dafür geschaffen wird, daß etwaige Differenzen im Geiste der Billigkeit und Sachlichkeit geschlichtet werden.

Das Wort „Ueberzeugung" ist auch im Original gesperrt. Kein Verständiger wird an sich etwas dagegen einwenden, daß die „Nordd. Allg. Ztg." Frohgefühle hat. Die Notwendigkeit, nach den Begleiterscheinungen des spanisch-amerikanischen Krieges mit den Vereinigten Staaten Freundschaft zu pflegen, ist während der Reise des Prinzen Heinrich noch viel beredter angekündigt worden. Allein die „Nordd. Allg. Ztg." schlägt in dieser Tonart bereits regelmäßig an, sie scheint nicht mehr zu wissen, welchen Wert die Reserve eines so exponierten Organs hat. Schon beim englisch-russischen Konflikt war eine ähnliche Uebertreibung des halbamtlichen Blattes aufgefallen.

* **Durchpeitschung der Handelsverträge?** Die Berliner Bündlerzeitung klagt über die „Nationalzeitung", weil diese gemeint hatte, daß die neuen Handelsverträge dem Reichstage voraussichtlich bald nach seinem Wiederzusammentritte zugehen würden; da die Verträge am 1. Januar 1906 in Kraft treten sollten, sei es möglich, daß die bestehenden von dieser oder jener Seite am 1. Januar 1905 gekündigt würden; deshalb sei es geboten, womöglich noch vor diesem Termin die Entscheidung über die neuen Verträge herbeizuführen. Deshalb jammert Herrn Oertels Blatt:

Das heißt also: der Reichstag soll sich bis zum 1. Januar über Ablehnung oder Annahme der Handelsverträge schlüssig machen. Eine stärkere Zumutung läßt sich kaum denken; man könnte fast von einer Brüskierung der Volksvertretung sprechen. Der Reichstag tritt am 29. November zusammen. Länger als bis zum 21. oder 22. Dezember kann er vor Weihnachten nicht tagen. Es soll ihm also nach der Meinung der „Nationalztg." und ihrer eventuellen Hintermänner zugemutet werden, in etwa 3 Wochen oder noch nicht 20 Verhandlungstagen eine Entscheidung von der denkbar größten Tragweite zu fällen. Es handelt sich ja, wie die genannte Zeitung sich auszudrücken beliebt, nur um ein kleines Ja oder Nein; aber dieses „kleine Ja oder Nein" entscheidet über das Schicksal der deutschen Arbeit in den nächsten 12 Jahren. Wie man angesichts dieser offenkundigen Sachlage zu einer Beschleunigung raten kann, die mit vollem Recht als Durchpeitschung zu bezeichnen sein würde, ist uns schlechthin unverständlich. Wir sind überzeugt, daß sich unsere Freunde im Reichstage zu solcher Durchpeitschung unter keinen Umständen verstehen werden.

Der letzte Satz beweist, daß auf die parlamentarische Haltung der Fraktion eingewirkt werden soll. Nur führt die „D. Tagesztg.", die ja selbst den rein formellen Charakter der Reichstagsverhandlungen bis zur Abstimmung hin gestehtt, ihre Sache ungeschickt; mit dem Argument einer „Brüskierung der Volksvertretung" — übrigens ist das dables Pathos bei einer technischen Frage — sollte sie der konservativen Fraktion nicht kommen.

* **Neue Zentrumsstimmen zur Diätenfrage.** Nachdem die „Germania" erklärt hatte, daß beim Zentrum von Kompensationen in bezug auf das verfassungsmäßige Reichstagswahlrecht bei der Gewährung von Reichstagsdiäten nicht die Rede sein könne, schreibt der „Westf. Merk.", das westfälische Zentrumsorgan:

„Es ist doch nachgerade oft genug gesagt worden, daß das Zentrum das Reichstagswahlrecht nicht verkürzen lassen will, auch gegen Diäten nicht. An dieser Versicherung zu zweifeln, liegt nicht der mindeste Grund vor. Wenn Frhr. von Zedlitz wirklich gesagt haben sollte, das Zentrum sei neuerdings zu „Kompensationen" geneigt, so ist uns absolut unverständlich, worauf er diese Behauptung stützt. Das Zentrum hat sich niemals mit dieser Frage von Fraktionswegen beschäftigt. Auch liegt sonst kein Anzeigen dafür vor, das Herrn v. Zedlitz zu seiner Behauptung berechtigen könnte. Wir wissen es nicht, aber wir nehmen an, daß er vielleicht einmal mit einem Zentrumsabgeordneten über die Mühe und Plage der Aufstellung neuer Wählerlisten für Nachwahlen während der Legislaturperiode gesprochen hat. Da mag ihm der Zentrumsabgeordnete recht gegeben haben, daß es bequemer wäre, wenn feste Wahllisten aufgestellt würden und nicht jeder in die Liste neu aufgenommen zu werden brauche, der noch nicht sechs Monate am Orte gewohnt hat. Eine solche Meinungsäußerung wäre doch noch kein Verbrechen und keine Opportunitätsbereitschaft gegen das Wahlrecht. Wenn aber Frhr. v. Zedlitz daraus geschlossen haben sollte, daß das Zentrum nun diese oder andere „Kompensationen" zu bewilligen geneigt sei, so irrt er eben. Eine Verkürzung des Wahlrechts können wir übrigens in der Aufstellung fester Listen nicht erblicken."

Aber, so schließt der „Westf. Merk.": „Die Diätenfrage muß vom jeglichem Schachergeschäft freigehalten werden. Mit demselben Rechte, wie man hier „Kompensationen" auf dem Gebiete des Wahlrechts fordert, könnte man sie auch bei jedem beliebigen anderen Zugeständnisse fordern.